



Medienkommentar

Nominierung Tillersons zum US-Außenminister – offensichtliches Ablenkungsmanöver von der eigentlichen Gefahr



Der designierte US-Präsident Donald Trump hat diese Woche Rex Tillerson für den Posten des Außenministers nominiert. In den Massenmedien wurden daraufhin sofort die vermeintlich guten Beziehungen Tillersons zum russischen Präsidenten Putin in den Vordergrund gerückt. Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch die Frage, ob dieser mediale Wirbel nicht ein großes Ablenkungsmanöver von weit wichtigeren Vernetzungen Tillersons darstellen...

Der designierte US-Präsident Donald Trump hat diese Woche Rex Tillerson für den Posten des Außenministers nominiert. Tillerson war bisher Geschäftsführer des größten amerikanischen Ölkonzerns ExxonMobil.

In den Massenmedien wurden daraufhin sofort die vermeintlich guten Beziehungen Tillersons zum russischen Präsidenten Putin in den Vordergrund gerückt. Dieser kenne Tillerson aus direkten Verhandlungen und habe ihm auch einmal eine Freundschaftsmedaille verliehen. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es sinnvoll sei, dass ein US-Außenminister gute Beziehungen zum russischen Präsidenten habe. Auch die Theorien, wonach Russland die US-Wahl zugunsten Donald Trump beeinflusst habe, wurden abermals angeheizt. Bei genauerem Hinsehen stellt sich jedoch die Frage, ob der mediale Wirbel um die Verbindungen Tillersons zu Putin nicht ein großes mediales Ablenkungsmanöver von weit wichtigeren Vernetzungen Tillersons darstellen.

Denn Tillerson war 40 Jahre lang im Öl-Konzern ExxonMobil tätig, der seit seiner Gründung eng mit der Rockefeller-Dynastie verbunden ist. Exxon ist eine der Nachfolgefirma von Standard Oil mit der John D. Rockefeller einst zu einem der reichsten Menschen der Welt aufstieg. Daher ist davon auszugehen, dass Tillerson wohl auch als Außenminister vor allem die Interessen der Rockefeller-Dynastie vertreten wird.

Damit sind nun nahezu alle entscheidenden Positionen in Trumps künftigen Kabinett von Interessensvertretern der „Wall Street“ besetzt. Mit der „Wall Street“ ist die größte Wertpapierbörse der Welt in New York gemeint und die ganze Machtstruktur um die privat geführte US-Notenbank Federal Reserve dahinter.

Neben dem künftigen Finanzminister Steven Mnuchin finden sich mit Gary Cohn und Steve Bannon gleich drei ehemalige Goldman-Sachs-Banker in Trumps Regierung wieder. Handelsminister soll Wilbur Ross werden, welcher 24 Jahre für die Rothschild Investmentbank arbeitete.

Somit ist eines sicher: Die Wahlkampfversprechen „den Sumpf trockenzulegen“ und „die Wallstreet zur Rechenschaft zu ziehen“ wird Trump wohl kaum einlösen. Im Gegenteil: Alles deutet darauf hin, dass die Politik der Regierung Trump, wie bereits bei dessen Vorgänger Obama, ganz nach der Devise der „Wall Street“ ablaufen wird.

Solche Vorzeichen lassen in der derzeitigen Weltlage für die nächsten Jahre nichts Gutes

erahnen. Denn wie Politik-Experte Christoph Hörstel in seinem Interview auf der 13.AZK dargelegt hat (www.kla.tv/9165), stehe der Finanzsektor kurz vor dem Zusammenbruch. Mit einem Crash sei sekundlich zu rechnen. Wie in unserer Dokumentation „Vom Spekulationsbetrug zum Krieg“ (www.kla.tv/8738) dargelegt wird, hat die „Wall Street“ auf solche Crashes in der Vergangenheit meist mit einem Mittel reagiert: dem Krieg. Auch für diesen Fall hätte Donald Trump bereits vorgesorgt, indem er nämlich drei ehemalige Generäle in sein Kabinett aufgenommen hat. Einer von ihnen, James Mattis, hat vier Sterne und trägt den Übernamen "Mad Dog", verrückter Hund. Er soll – laut aktuellen Meldungen - nächster Verteidigungsminister der USA werden. Der pensionierte General spricht sich für eine stärkere Rolle der USA im Mittleren Osten aus. Der General der US-Marine war im ersten Golfkrieg, im Angriff auf die Taliban in Afghanistan und im Irakkrieg im Einsatz. Bis vor drei Jahren war er unter Präsident Obama Leiter des Zentralkommandos der US-Streitkräfte. Auch diese anstehende Nominierung verheißt, dass der bisherige Kurs der US-Regierung nicht entspannter, sondern sogar forciert wird. Damit bewahrheitet sich die Einschätzung vom syrischen Präsidenten Bashar al-Assad, die er bereits während des Wahlkampfes äußerte, Zitat: „Das Problem mit jedem amerikanischen Kandidaten bezüglich der Präsidentschaft – ich rede jetzt nicht nur von diesem Wahlkampf oder diesen Wahlen, sondern allgemein – ist, dass sie während des Wahlkampfes das eine sagen und nach dem Wahlkampf das Gegenteil tun.“

von tz.

Quellen:

<http://www.welt.de/politik/ausland/article160239513/Dieser-Putin-Freund-birgt-Konfliktstoff-als-US-Aussenminister.html>
<http://www.n-tv.de/wirtschaft/Putin-Freund-soll-US-Aussenminister-werden-article19308816.html>
<http://rockefellergroup.de/tl/Familiengeschichte.htm>
<http://www.contra-magazin.com/2016/12/ist-trump-auch-nur-eine-marionette-von-rothschild-und-rockefeller/>
<http://www.srf.ch/news/international/trumps-kabinett-weiss-maennlich-und-reich>

Das könnte Sie auch interessieren:

#DonaldTrump - www.kla.tv/DonaldTrump

#Medienkommentar - www.kla.tv/Medienkommentare

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.